

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

84 (9.4.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Bei längerer Anzeigenzeitung und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Restausgaben sind 80 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Text, bei Nichtabholung des Zeitungsbeleges, bei gerichtlicher Betreibung und bei Kontoführung außer Kraft tritt. Geschäftszeiten und Geschäftsstellen in Karlsruhe L. 2. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“ Die Auktions- / Sport und Spiel / Heimat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauentragen — Frauenclub

Bezugspreis monatlich 2,50 Mk. o. ohne Zuzahlung 2,20 Mk. o. Durch die Post 2,66 Mk. Einzelpreis 10 Pf. Sonntags 15 Pf. o. Erscheint 3mal wöchentlich am mittags 11 Uhr o. Postzeitung 2000 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2. Wollstraße 22 o. Journal 2020 und 2021 o. Postfach 21161 Karlsruhe. Durlach, Majorstraße 22; Baden-Baden, Röhrenstraße 6; Zell, Röhrenstraße 2; Offenburg, Gutenbergstraße 61

Nummer 84

Karlsruhe, Mittwoch, den 9. April 1930

50. Jahrgang

Wissel gegen Moldenhauer Kampfspiel zur Finanzreform

Im Reichstag erfolgte am Montag die erste Beratung des Gesetzesentwurfs zur

Vorbereitung der Finanzreform.

Der Gesetzesentwurf zerfällt in drei Abschnitte. Den ersten Abschnitt stellen die Bestimmungen über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung dar, deren ursprüngliche Fassung bekanntlich vom Kabinett Brüning fallen gelassen worden ist zugunsten des Kompromisses, das den Anstoß zum Sturz des Kabinetts Müller gegeben hat. Der zweite Abschnitt will den aus den Vollerträgen für Zwecke der Invalidenversicherung bis zum Jahre 1935 jährlich zu sichernden Beitrag von jährlich 40 Millionen auf 20 Millionen herabsetzen und diesen verringerten Beitrag für 5 Jahre länger (also bis 1940) gewähren. Im dritten Abschnitt werden die Vorkehrungen für die Steuerentlastung im nächsten Jahre getroffen. Der Reichsfinanzminister soll, so laut der Entwurf, gemeinsam mit dem Reichsparlamentarier ein langfristiges Sparprogramm aufstellen, das die Grundlast für eine Steuerentlastung schafft. Von den Ausgaben des ordentlichen Haushalts für 1930 sind mindestens 600 Millionen im Haushalt für 1931 einzusparen. So steht es in der Vorlage, und damit punktuell! Ob diese Einsparung möglich sein wird, danach wird nicht gefragt. Alle Hinweise auf die üblen Erfahrungen des letzten Jahres, die von den Vertretern der Sozialdemokratie gemacht wurden, blieben fruchtlos. Die Finanzpläne, die man im Vor Sommer 1929 aufstellte, waren im Herbst über den Deckungsplan, das große Reformprogramm, das im Dezember dem Reichstag vorgelegt wurde, mußte im Januar fallen gelassen werden, der Nachtgesetzentwurf, den Moldenhauer im Januar einbrachte, hatte sich bis März um 70 bis 80 Millionen verschlechtert. Das alles ist jedoch Herrn Moldenhauer egal. Seine Partei vertritt nun ihm die gesetzliche Festlegung der Steuerentlastung für nächste Jahr, und er erhofft, er könnte gerade so gut ins Gebiet treten, das es im nächsten Jahre nur an einer bestimmten Zahl von Tagen regnen dürfte.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer kam durch den letzten Kompromiß — es ist der gleiche, an dem die Große Koalition scheiterte — in eine böse Situation. Es ergab sich der eigenartige Zustand, daß sich Herr Moldenhauer erhob, um einen seine eigene höhere Vorlage zu sprechen. Dabei lag der Kompromiß, der an die Stelle der Regierungsvorlage gesetzt werden soll, noch nicht einmal dem Hause vor. Die Regierungsparteien wollen erst einen derartigen Antrag einbringen. Ebenfalls hat der Reichsfinanzminister in dieser Sache eine durchaus hässliche Figur. Er nahm nach

wenigen Sähen seinen Platz wieder ein und hat nur um schnellste Berücksichtigung nicht dieser Vorlage, sondern des Kompromißantrags, der dem Hause noch nicht einmal vorgelegt ist.

Abg. Wissel (Soz.)

Der bisherige Reichsarbeitsminister, nahm die Gelegenheit wahr, um in sachlicher aber sehr scharfer Weise die Führerlosigkeit der jetzigen Regierung zu kennzeichnen. Sie nehmen immer wieder den Führerwillen für sich in Anspruch. Herr Moldenhauer hat sogar in Magdeburg mit der Diktatur gedroht. Wenn aber die Regierung irgendwo im Parlament führen soll, bietet sie ein jämmerliches Verfall. Die Rede Wissels wurde sowohl von der Rechten wie von den Kommunisten mit dauernden Räumlichkeiten begleitet. Wissel erklärte, daß die Sozialdemokratie sich auf den Boden der früheren Regierungsvorlage gestellt habe, weil sie die Darlebenspflicht des Reichs für die Arbeitslosenversicherung nicht angetastet habe. Es sei auch im nächsten Jahr mit einer durchschnittlichen Erwerbslosenrate von 1,5 bis 1,7 Millionen zu rechnen. Bei einer so unangünstigen Wirtschaftslage werde die Sozialdemokratie nicht zugeben, daß dieses Reichsdarlehen an unübersehbare Voraussetzungen geknüpft würde. Die ganze Politik der Deutschen Volkspartei gehe dahin, im Herbst Massenfeuern mit der Beendigung einzubringen, daß das Defizit der Arbeitslosenversicherung diese Massenfeuern erfordere. Auf diese Weise wolle man die Stimmung gegen die Erwerbslosen derart verschärfen, daß schließlich doch ein Leistungsabbau komme. Das wolle die Sozialdemokratie verhindern. Darum habe sie dem Kompromiß nicht zugestimmt, was schließlich zum Austritt aus der Reichsregierung geführt habe.

Der Kommunist Neubauer sprang sofort vor der von Wissel angegriffenen Volkspartei bei, indem er seinen Stolz gegen den bisherigen Reichsarbeitsminister richtete. Dieser sei es, der den Leistungsabbau bei der Arbeitslosenversicherung begonnen habe und dies nun durch soziale Porosen vertuschen wolle.

Wie verlegen dieser kommunistische Redner arbeitete, bewies sofort der volkstümliche Abg. Pfeffer, indem er sich bitter über die harsche Hartnäckigkeit des bisherigen Reichsarbeitsministers in der Arbeitslosenfrage beschwerte. Pfeffer erklärte, daß seine Partei einen allgemeinen Leistungsabbau nicht wolle, jedoch müßten die vielen Leute befristet werden, die künftig arbeitslos würden und die Versicherung in Anspruch nehmen.

Gegen 19 Uhr wurde die Weiterberatung auf Mittwoch, 15 Uhr, vertagt. Der Sozialdemokrat Dr. Berk wird Herrn Dr. Pfeffer antworten.

Wirrwarr in der Finanzreform

Deutsche Wirtschaft soll Sünden der bürgerlichen Parteien zahlen

Die Regierungskoalition im Reich verfügt über keine Mehrheit für das Steuerprogramm des Kabinetts Brüning. Das ist das Ergebnis der Dienstagsberatungen des Steuerausschusses. Im Verlauf dieser Verhandlungen wurde, wie wir nachstehend darlegen, die Vorlage über die Verkürzung der Fristen bei der Tabaksteuer abgelehnt. Auch die Mineralwassersteuer erlitt, wie wir an anderer Stelle mitteilen, das gleiche Schicksal. Dadurch ist jetzt bereits ein Loch von 65 Millionen Mark in dem Budgetvorschlag der Reichsregierung entstanden. Aber auch die Biersteuer, die 240 Millionen Mark bringen soll, wird keine Mehrheit im Steuerausschuß erlangen, da gegen sie nicht nur die Oppositionsparteien, sondern auch drei Regierungsparteien stimmen werden.

Diese Unfähigkeit der augenblicklichen Minderheitskoalition zu positiver Arbeit ist umso bemerkenswerter, als sie eingetreten ist, obwohl man bei allen zu beratenden Vorlagen den Versuch gemacht hat, sich durch unfaßliche, kostspielige und gefährliche Zugeständnisse an Interessenten eine Mehrheit zu schaffen.

Das schlimmste Beispiel dafür liefern die Vorgänge, die sich bei der Vorlage über die Verkürzung der Fristen für die Tabaksteuer abgespielt haben. Der einzige Zweck der Regierungsvorlage war, dem Reich einen schnelleren Eingang der Steuererträge zu sichern. Das sollte erreicht werden durch Verkürzung der Zahlungsfristen und durch Aufhebung der Steuerreform für Zigaretten. In beiden Punkten aber folgten die Regierungsparteien nicht der Regierung. Ihr Antrag sah vor: Aufrechterhaltung der Steuerlaster bei gleichzeitiger Einführung eines geringfügigen Verwaltungsbeitrags und eine unwesentliche Verkürzung der Zahlungsfristen. Außerdem aber schmuggelten die Regierungsparteien einen unscheinbar aussehenden Paragraphen mit ein, durch den erreicht werden würde, daß der Preis für billigen Rauchtobak, der jetzt 6 M pro Kilo beträgt, auf 8 M erhöht würde, so daß den Rauchtobakfabrikanten und Händlern ein jährlicher Gewinn von 25 Millionen Mark zugeflossen wäre. Der Wackel der Sozialdemokratie gelang es, selbst bei den Regierungsparteien Zweifel über die Zweckmäßigkeit dieses Antrags hervorzurufen und ihn dadurch zu Fall zu bringen.

Das Schicksal der Steuervorlagen aber wird sich nicht im Steuerausschuß des Reichstags entscheiden. Erst bei den Beratungen im Plenum des Reichstags, die frühestens am Donnerstag beginnen werden, wird man übersehen können, ob es der Regierung gelingt, die Deutschnationalen durch die hohen Lebensmittel- und Liebesgaben zu kaufen. Daß die Deutschnationalen zu einem solchen Umfall bereit sind, wenn der Kaufpreis hoch genug gesteckt ist, unterliegt keinem Zweifel. Die Furcht vor der Auflösung des Reichstags, die auch bei den Regierungsparteien besteht, ist bei den Deutschnationalen außergewöhnlich hoch. Auch wissen sie, daß die Zwangslage, in die sich die Mittelparteien durch ihre Gegnerschaft zur Arbeitslosenversicherung und damit zur Sozialdemokratie gestellt haben, sie den Agrarwünschen geneigter macht, als das sonst der Fall wäre. Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten wissen genau, daß starke Erhöhungen der Lebensmittelpreise nicht nur schwere Gefahren für die Lebenshaltung der Verbraucher hervorrufen, sondern auch die Entwicklungsmöglichkeiten zahlreicher Industrien ungeheuer erschweren und vor allem zu großen Erschütterungen der Handelsvertragsbeziehungen zum Auslande führen müssen. Aber können sie diesen Gefahren noch entgegen, nachdem sie den Bruch mit der Sozialdemokratie herbeigeführt haben?

Wie auch die politische Entscheidung Ende dieser oder Anfangs nächster Woche ausgehen mag, das eine steht fest, die Kosten, die das deutsche Volk für die Befriedigung der Einkünfte der Großagrarien tragen, werden ungleich höher sein, als die Kosten für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Wären die bürgerlichen Parteien nicht von allen guten Geistern verlassen, dann hätten sie längst eingesehen, daß sie ihren eigenen Interessen besser dienen würden, wenn sie durch Sanierung der Arbeitslosenversicherung, durch sachliche Mitarbeit der Sozialdemokratie an den Regierungsfragen die Finanzreform und die Wirtschaftsgesundung gesichert hätten. Indem sie sich den Deutschnationalen anschließen, haben sie ihren eigenen Forderungen auf Wirtschaftsgesundung und Steuerentlastungen den allererschlechtesten Dienst erwiesen.

Keine Loslösung des Zentrums vom Reichsbanner

Von machender Zentrumsseite wird mitgeteilt, daß sowohl im Parteivorstand wie im Parteiausschuß des Zentrums nicht mit einem Wort von einer Loslösung des Zentrums vom Reichsbanner die Rede gewesen ist und entsprechende Erwägungen in den maßgebenden Instanzen des Zentrums auch nicht schwanden.

Mineralwassersteuer abgelehnt

Scharfes Auftreten Sollmanns

Im Steuerausschuß des Reichstags wurde am Dienstag die Vorlage zur Besteuerung der Mineralwasser und Limonaden mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt.

Reichsfinanzminister Moldenhauer begründete die Vorlagen als kleinlaut und nicht überzeugend. Abg. Sollmann (Soz.) beantragte, von der Steuer frei zu lassen alle die Mineralwasser und Limonaden, die in Unternehmen, Krankenanstalten, auf Sportplätzen usw. gemeinnützig abgegeben werden. Darüber hinaus sprach er gegen die ganze Vorlage. Sie werde höchstens ein Drittel der in Ansatz gebrachten 40 Millionen Mark einbringen. Sie sei ungerecht, weil sie die billige Limonade höher besteuere als die teuersten Mineralwasser, wie etwa Fochingen. Den Gemeinden, für die der Ertrag bestimmt sei, würden in Wirklichkeit nur Kettelfirmen zufließen. Eine Kontrolle der Besteuerung sei bei den vielen Kleinbetrieben zur Verhütung künstlichen Sellers und Limonaden sehr schwer. Hart betroffen würden gerade die ärmsten Schichten, Ein Hüttenarbeiter, der täglich nur eine Brause trinke, müsse im Jahr 15 M Steuer tragen. Es sei eine Steuer gegen Frauen, Kranke und Kinder, eine Steuer zur Hebung des Alkoholkonsums und gegen die Volksgesundheit. Alle Redner aus den Parteien erhoben Bedenken. — Abg. Dr. Berk (Soz.) erklärte, die Sozialdemokratie wolle den Gemeinden die vierzig Millionen Mark nicht entziehen. Sie schlage für den Ausfall und für andere Lächer im Etat den Zuschlag auf die Einkommensteuer vor.

machen, daß die Abgabe von 1/4 Liter in verschlossenen Flaschen im Kleinhandel erlaubt sein sollte.

Das führte in der dritten Beratung noch einmal zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem sozialdemokratischen Abgeordneten Sollmann und dem volksparteilichen Abgeordneten Bides.

Abg. Sollmann setzte sich mit großer Energie für die völlige Durchführung der schmerzlichen Lage ein. Es gelang ihm, durch seine Rede Teile des Zentrums und der Rechten umzustimmen, so daß in der dritten Lesung die volksparteiliche Verschlechterung wieder beseitigt wurde. Sollmann wies weiter darauf hin, daß seit dem Jahre 1923 die Zahl der Alkoholkranken in den Irrenanstalten und in den Krankenanstalten von 7950 auf 19.013 gestiegen sei. Das sei aber nur ein kleiner Bruchteil der Trunksüchtigen im Reich. Wenn man bedenke, daß das Reich etwa 68.000 Gemeinden habe, daß in jeder Gemeinde mindestens ein Trunksüchtiger festzustellen sei, in größeren Gemeinden aber zahlreiche oder viele Trunksüchtige, so bleibt es dabei, daß es im Reich Hunderttausende Trunksüchtiger geben müsse.

Das Gesetz wurde dann in dritter Lesung gegen die Stimmen der Wirtschaftsparteier, der Kommunisten, der bayerischen Bauernbündler und einzelner Stimmen der Rechtsparteien angenommen. Im wesentlichen wurde an den Ausschlußbeschlüssen festgehalten. Insbesondere ist also die Möglichkeit von hundert schnapstrenken Tagen im Jahre gesichert. Ferner ist die Nichteintragbarkeit von Branntweinschulden durchgesetzt worden und schließlich die wichtige Zusatzbestimmung.

Keine französische „Note“ an Deutschland

Die Bestimmung, die die Ankündigung einer französischen „Note“ in der Räumungsfrage durch Tardieu hervorgerufen hatte, scheint nach der am Montag stattgefundenen Unterredung zwischen Briand und dem deutschen Vizekanzler in Paris beseitigt zu sein. Er selbst, so erklärt Tardieu, habe im amtlichen Text seiner Rede im „Journal officiel“ nicht mehr von einer „Note“ sondern nur noch von einem „freundschaftlichen Rat“ an Deutschland gesprochen. Aber auch dieser „freundschaftliche Rat“ zur Beilegung der Schleifungsarbeiten an den Festungswerken in der entmilitarisierten Rheinlandszone ist bisher nicht erfolgt.

Gartstättengesetz und Alkoholbekämpfung

Im Zusammenhang mit obiger Steuervorlage ist noch der erste Teil der eisernten Wertsicherung des Reichstags beachtlich. Vor der Finanzsprache hatte der Reichstag am Dienstag noch die zweite und dritte Beratung des

Schantstättengesetzes

erzieht. Bei einer ganzen Reihe von Anträgen war die Abstimmung zweifelhaft, jedoch ausgeschieden werden mußte. In der zweiten Beratung gelang es der Deutschen Volkspartei durch einen Antrag die schmerzlichen Lage dadurch illusorisch zu

Fachminister oder Persönlichkeiten?

Englische Staatsrechtler zu nationalsozialistischen Landtagsmanövern

Zu den fanatischen Anhängern des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Kraft auf Minister Krennle wird uns von juristischen Seite aus Respektlos geschrieben:

Quo usque tandem, Catilina...? Jüngst wurde im Volksfreund die Frage gestellt, wie lange noch die Sanftmut des Staates gegenüber den catilinarischen Exzessen dauern würde, die wie tollwütige Hunde gegen diesen Staat anrennen.

Der Angriff des nationalsozialistischen Abg. Kraft im Landtag gegen den Unterrichtsminister war durch nichts gerechtfertigt und inhaltlich allein getragen von der Unverfrorenheit eines jungen, selbstbildeten Nationalsozialisten. Der Angriff hat gezeigt, wie wenig die Nationalsozialisten vom parlamentarischen System verstehen oder nicht verstehen wollen. Der Abg. Kraft glaubte, einen Minister bloßstellen zu können, nur weil er nicht noch „Tsch“ ist; daß der gleiche Mann seit bald 12 Jahren in schwerster Zeit sich auf seinem Posten hervorragend bewährt hat, vermag einen Nationalsozialisten von seiner vorgetragenen falschen Meinung nicht abzubringen. Denn wo bliebe die Agitation für das dritte Reich, was bliebe dem Kammergebilde der Nationalsozialisten übrig, wenn sie der Würde die Ehre geben würden. Da es aber leider Leute gibt, die das Gerüde von der Notwendigkeit der „Fachminister“ nachschärfen, soll auf dieses Kapitel kurz eingegangen werden.

Die Wiege des Parlamentarismus ruht bekanntlich in England. Von allen bestehenden politischen Traditionen Englands ist nun die Art, wie das gegenwärtige Verhältnis von Fachmann und Laien geregelt wird, am wenigsten bekannt und verdient doch am meisten Beachtung. Spezielle Vorbildung ist notwendig, sagt sich der Engländer, besonders bei immer mehr zunehmenden Fortschritten der Wissenschaft und Technik. Andererseits aber seien Sachverständige-Spezialisten dazu, das richtige Maß der Dinge zu verstehen und mehr oder weniger außer Berührung mit der normalen Auffassung der Welt zu kommen. Sie überschätzen leicht die Wichtigkeit technischer Fragen im Verhältnis zu anderen mehr allgemeiner Natur, und diese Tendenz führt entweder zu Zustößen oder zum Realieren von grünen Tischen aus. In einigen Staaten sind diese Umstände so hervorgerufen, daß man sie als Bürokratie bezeichnet hat. Um also wirklich gute Ergebnisse zu erzielen und die Gefahr der mangelnden Leistungsfähigkeit einerseits und der Bürokratie andererseits zu vermeiden, muß man in jeder Verwaltung eine geeignete Mischung von Sachverständigen und Männern des praktischen Lebens bestreiten.

So finden wir in der Justizverwaltung, dem englischen Verwaltungssystem, der zuerst eine hohe Entwicklungsstufe erreicht, das Zusammenarbeiten von Sachleuten und Laien in der Form von Richtern und Geschworenen; ebenso in der Form des Friedensrichters und seines juristisch gebildeten Sekretärs. Jedemfalls kommt die englische Justiz mit noch nicht 300 juristisch ausgebildeten Richtern aus und das das Publikum zufrieden ist, beweist besonders, daß auf eine halbe Million Urteile der Friedensrichter nur ein halbes Prozent in die Berufungsinstanz gehen.

Dieses System eines Laienrichters mit einem Fachmann als untergeordneten Berater entspricht dem englischen Verkommen und geht durch alle Verwaltungsweige durch. Es ist ein Hauptstück der mit Recht berühmten englischen Selbstverwaltung.

Entsprechend ist in England das Verhältnis zwischen Minister und seinen Fachberatern. Es ist beinahe selbstverständlich geworden, wie Lortell in seinem Buch über die englische Verfassung sagt, daß der beste Minister der ist, der bei seiner Ernennung von seinem Kabinet nichts versteht. Es ist nicht Sache eines Kabinetministers, die Geschäfte seines Kabinet selbst zu bearbeiten; seines Amtes ist es, darauf zu sehen, daß sie ordnungsmäßig bearbeitet werden (Sir G. C. Lewis). Verfügt der Minister, über sein Reich hinauszugehen, herrschsüchtig zu werden und ins Detail hineinzugehen, so wird er Reibungen verursachen und in den Akten ertränkt werden.

Schließlich mag das Zeugnis eines kompetenten Fachmannes hierher gesetzt werden, des Sir E. Troup, der von 1908 bis 1922 Unterstaatssekretär und damit der leitende Beamte des englischen Innenministeriums war und in seinem Buch: „The Home Office“ schreibt:

„Es ist bisweilen als eine Schwäche unseres Regierungssystems angesehen worden, daß der parlamentarische Chef eines wichtigen Ministeriums wie beispielsweise des Innenministeriums keine besonderen Kenntnisse oder Erfahrung seiner Arbeit besitzt. Dies ist jedoch eine irrtümliche Ansicht. Was von einem Innenminister verlangt werden muß, ist keine Kenntnis seines Kabinet oder Erfahrung darin: diese können durch seine händischen Beamten ersetzt werden. Seine hauptsächlichsten Vorzüge sind: gesunde Urteilskraft, Mut und die moralische Kraft, um das Vertrauen des Unterhauses zu erlangen. Ein fähiger Mann, der diese Qualitäten besitzt, ist ein guter Minister des Innern von dem Tage an, an dem er das Amt antritt.“

Auch ist es nicht notwendig, daß der Minister ein Jurist ist. Gesichtspunkte sind notwendig nützlich, besonders wenn juristische Gesichtspunkte in der Debatte (des Parlaments) aufgeworfen werden, aber es kann auch eine Schwäche bedeuten, wenn Probleme der inneren Verwaltung in ihren Beziehungen nur vom Standpunkt des Gesetzes aus gesehen werden. Ein vollkommener Jurist wäre vielleicht der am wenigsten erfolgreiche Innenminister moderner Zeiten.

Der öftere Wechsel des parlamentarischen Chefs mag Nachteile haben, aber bei der Notwendigkeit der unmittelbaren Kontrolle der Exekutive durch das Parlament ist das System doch von Vorteilen für die Verwaltung begleitet. Es bringt dann und wann eine Persönlichkeit in das Ministerium mit neuen Ideen, in naher Verbindung mit der öffentlichen Meinung. Auf der einen Seite kann ein solcher Mann einen Jamras zu einer Reform geben und auf der anderen Seite entscheiden, ob die öffentliche Meinung neue Maßnahmen wirklich will, zu deren Durchführung seine Beamten ihn drängen.“

Deutschland könnte aus diesen Erkenntnissen eines alten Verfassungsstaates viel lernen.

Kriegerwaisenfürsorge statt Schießstände

Manchmal sind kleine Dinge wichtiger wie große Reden und viele Bücher. Es ist immer so, daß Taten, und mögen sie sich in noch so kleinem Rahmen abspielen und für das große Geschehen unbedeutend erscheinen, doch mehr sagen als langatmige, schöne und treffende Ausführungen zum gleichen Thema. Deshalb erzählt uns die kleine Geschichte, die sich soeben in dem Gemeinderat von Baiersbrunn abgespielt hat, mehr als die schönste Abhandlung über das nicht immer erfreuliche Thema: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gemäß!“

Da lagen nämlich dem eben genannten Gemeinderat zwei Eingaben vor; die eine vom Militärverein, die andere vom Reichsbund der Kriegesbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Der Militärverein hätte gerne die Gemeindefassen an den Kosten seines Schießstandes beteiligt und hat, einen Beitrag hierfür zu bewilligen. Die Gemeinderäte von Baiersbrunn waren aber in ihrer Mehrheit sehr vernünftige Leute und haben das abgelehnt. Mit immerhin 11 gegen 7 Stimmen.

Aber wir wollen nicht ungerecht sein; auch die sieben tapferen Schwaben (oder liegt dies fluge Baiersbrunn nicht im Schwabenland?) der Minderheit haben nachher gezeigt, daß auch sie ein Herz für Kriegerwaisen haben. Denn nun folgte die einstimmige Annahme eines Antrages der dortigen Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegesbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, wonach sämtlichen Kriegerwaisen bis zum 16. Lebensjahr eine Sparanlage bewilligt wurde. Und zwar betrug diese für Halbweiser 5 M., für Vollweiser 10 M. mit der Bestimmung, daß das Sparguthaben von den Inhabern nicht vor Vollendung des 25. Lebensjahres angetastet werden darf.

Das ist gewiß nicht viel, aber immerhin: es ist ein Anfang. Es könnte sogar so etwas wie ein bedeutungsvolles Symbol werden, weit über die Grenzen des kleinen Baiersbrunn hinaus; denn hier wird an einem kleinen Beispiel gezeigt, wie es das große Deutschland überall machen sollte. Keine Schießstände mehr bauen und ähnliche, im besten Falle lächerlichen Militärspielereien, (wenn es dann Ernst wird, will es wieder keiner gewesen sein!), sondern ernsthaft und opferbereit überall Fürsorge für die Kriegesopfer treiben! Mit eben den Mitteln, die heute in Deutschland für Schießstände und Reimentsfeiern, an Denkmälern für jedes Regiment und jeden Verein ausgegeben werden: sinnlos — sinnlos für die Opfer des Krieges! — auszugeben werden. Dann würde man das Wort vom Dank des Vaterlandes nicht mehr mit einer leeren immer undurchsichtigen Bitterkeit aussprechen können. Fürsorge für die Kriegesopfer — das ist der beste Dank des Vaterlandes!

Nationalsozialistischer Musterknabe

Ein berufener Ränder des „dritten Reiches“

Es wird uns geschrieben: Ein nationalsozialistischer Musterknabe ist der neuerdings der Provinz Hannover für die Nationalsozialisten als Landtagsabgeordneter tätige Heinrich Karl Bodeker aus Bismarck bei Bremen. Bodeker ist jener Mann, der im Herbst 1928 in Parchim in der Uniform des alten Fritz in das Finanzamt ging und dort die Beamten mit dem Stock bedrohte. Jetzt macht er im Hannoverschen das Land unsicher.

In seinen letzten Versammlungen, die er in Weste, Kreis Uelsen, und im Kreis Bielefeld abhielt, beschimpfte er in wüster Weise die Republik und erklärte, man müsse das heutige Regime, das ein „Verbrechertum“ sei, vom „Postament stürzen“.

Ein Blick in das Strafregister dieses Nationalsozialisten zeigt, daß er zum nationalsozialistischen Agitator besonders berufen ist. Er wurde nach dem Kriege zweimal wegen Diebstahls mit 25 M. Geldstrafe bzw. vier Wochen Gefängnis bestraft. Wegen Bettelns erhielt er eine Woche Haft und wegen Unterschlagung in fünf Fällen 1-3 Monate Gefängnis. Seine letzte Strafe hat er im Herbst 1929 verbüßt. Seitdem wirbt er für die „nationalsozialistische Arbeiterpartei“ gegen Judentum und Republik.

Berunglühter Reichentransport

Friedrichshafen, 8. April. Das Auto, das die Leiche der in Bayern verstorbenen Schauspielerin Erla Scherl nach Stuttgart überführt, ist in Wallersburg mit einem anderen Auto zusammengefahren und zwar so hart, daß der Sarg die Straße geschleudert und die Leiche verflümmelt wurde.

Kennzeichnungsarbeiten für den Haushalt

machen im Laufe der Zeit eine recht beträchtliche Summe aus. Durch die ständige Einführung der Zuzahl-Verordnungen kann die Hausfrau einen ansehnlichen Teil dieser notwendigen Ausgaben ersparen, indem sie die Zuzahl-Abstände von Zuzahl-Beize, zur Zuzahl-Beize, um oder zum Zuzahl sammelt. Die Zuzahl-Gesellschaft gibt ihr hierfür wertvolle Beize, deren Kosten dem regelmäßigen Kassens-Aufwand entnommen sind; Preis, Qualität und Gehalt der Zuzahl-Beize sind genau wie bisher. Jede Hausfrau kann sich aus dem Zuzahl-Katalog die Gegenstände auswählen, die sie zu erhalten wünscht; der Katalog ist kostenlos in jedem einschlägigen Geschäft oder durch die Zuzahl-Gesellschaft A.G. in Mannheim zu erhalten.

Die Opposition gegen das Finanzgesetz

Darlegungen des Finanzministers im Haushaltsausschuß

Zu Beginn der Haushaltsausschussung des Badischen Landtags am Dienstag, 8. April, nahm Staatspräsident Schmitt zunächst Stellung zu den Anträgen des Städteverbandes und des Städtebundes, die ihm gestern mündlich vorgetragen worden seien. Insbesondere wandte er sich gegen das Verlangen, außerordentliche Ausgaben durch Anleihen zu decken. Zur Begründung seines Standpunktes legte er den wesentlichen Unterschied zwischen den außerordentlichen Ausgaben des Staates und denen der Gemeinden dar. Er wies darauf hin, daß der Reichsfinanzminister wohl die Gesamtheit aller Länder an der Einkommensteuer garantiert hat, nicht aber den des Einzellandes und daß wir in Baden damit rechnen müssen, daß unter Aufkommenschlüssel zurückgebe, Hinaufnahme, daß das Einkommensminimum erhöht werde, wodurch Baden weiter getroffen werde, weil die unteren Schichten stärker am Einkommenssteueraufkommen beteiligt sind. Sein Programm sei: Kampf gegen Verschuldung und zwar gegen Verrechnung der Schulden und Tilgung der schwelenden Schulden, woran die Wirtschaft das größte Interesse hätte. Sodann wurden einige Gesetze zum Kapitel „Wasser- und Stra-

henbau“ von Gemeinden und anderen Interessenten der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Die Beratung des Finanzgesetzes wurde um einige Stunden vertagt.

In der Zwischenzeit wurde über die Vorlage der Erneuerung der Dampfesselanlage in der Anstalt Emmendingen verhandelt. Hierfür waren insgesamt 700.000 M. vorgesehen. Das Ressort ist bereit, fünfzigtausend, doch eine weitere Veranschlagung des Neubaus nicht mehr verantwortet werden kann. Der Haushaltsausschuß genehmigte zunächst infolge der schwierigen Finanzlage nur 250.000 Mark (1. Rate).

Sodann wurden noch einige kleine Vorlagen erledigt. Aus dem Etat des Finanzministeriums wurden zunächst nur diejenigen Steuern beraten, die durch das Finanzgesetz nicht berührt werden. Es sollten hierzu auch entsprechende Anträge, die kurz nach den Wahlen von den Deutschnationalen und von Bauernbündlern eingereicht waren, beraten werden. Die Deutschnationalen schickten; der anwesende Bauernbündler war außerlands, seinen Antrag zu begründen. Die Beratung der Anträge mußte zurückgestellt werden.

Der Haushaltsausschuß hat vorgelesen, der Donnerstag nachmittag halb 4 Uhr die Vertreter der Städte, der Stadtgemeinden und Landgemeinden zur Vorberatung des Finanzgesetzes zuzuziehen.

Aufbruch nach Europa

Schon sammeln sich die Schwärme auf den Höfen Dähern der oberirdischen Ackerbürger und füttern ihre Jungen an den Telephonendrähten der Chemins de fer Algériens mit dem gleichen Eifer, wie sie im vergangenen Herbst auf den Drähten einer kleinen Lokalbahn in der Lüneburger Heide vor Nicht vor dem rauhen Störchen von ihren Eltern gefüttert wurden. Und die Röhre, die Schnellflieger unter den Zugspäßen, die in einem Tage oft mehr als tausend Kilometer zurücklegen, stehen zwischen der Blütenpracht des nordafrikanischen Frühlings mit lautem „Kwitt“ durch die Sandstrassen der Oasen, klammern sich nicht um das Geschrei der Kameeltreiber und Fesslungen und eben ebenso eifrig wie die Schwärme ihre Kleinen, die in einigen Wochen irgendwo in Deutschland, vielleicht in den Oberriederungen oder in der vommerlichen Ebene nisten werden — diese geschiederten Wanderer kennen kein Restlos und das unbegreifliche Orientierungswunder, das sie Jahr für Jahr ohne Kompaß und Landkarten zu ihren alten Brutstätten zurückführt, scheint ihnen ebenso selbstverständlich wie der Flug einer Biene!

Ihr Aamarich vollzieht sich sonderbarerweise nie aleichseitig, denn im Frühling fliegen immer zuerst die Männchen und dann die Weibchen mit den Jungen, während im Herbst die Weibchen vorfliegen. Die Keilerouten werden, wie die seit einigen Jahren angelegten Flugarten beweisen, nie nach der kürzesten Strecke gewählt, sondern es werden vor allem die Landstrecken und Zwischenstationen auf Anlein bevorzugt und nur zum Flug über das offene Meer wird die kürzeste Linie bis zur nächsten Notmöglichkeit eingeschlagen. Diese Zick-Zackflüge gelten vor allem für die weniger fluchtartigen Vögel, besonders die Raufußler brauchen immer wieder stenosane Erholung, da sie bei langen Strecken über das Meer ihre Kraft vollkommen erschöpfen und dann oft in Scharen auf einer der westlichen Inseln oder an der südländischen Küste niederlegen.

Die französischen Riviera und besonders Italien sind dann die großen Konzentrationen für die nord- und mitteleuropäischen Zugvögel, die sich dort nach dem Flug über das Mittelmeer erholen wollen, abzumachen, daß in Italien in jedem Frühjahr Tausende über Genoffen einer bestialischen Prestige zum Doter fallen, daß schon ganze Dörfer mit Netzen und Körben auf diese Vögel warten und zur Sand aussuchen, die die Märkte mit den kleinen Leichen zu beliefern.

Bei Bora und Schneefürmen über den Alpen, die im März keine Seitenleit sind, dauert die Rast oft einige Wochen, denn die Vögel warten mit wunderbarem Instinkt gutes Flugwetter ab, ehe sie über den Gletschergall nach Norden weiterziehen. Nach den jahrelangen Beobachtungen scheinen sie die Alpen mit ihren großen

offene Meer, um so unerklärlicher ist es daher, daß die niedrig gelegenen Vögel und Dohrtler nur selten benutzt werden und das Alpenmassiv oft in Höhen von mehr als dreitausend Metern passiert wird.

Jetzt steht unter der afrikanischen Sonne schon ein großes Zwischern durch die gesammelten Schwärme, die sich in den letzten Tagen vor ihrer Reise noch fröhlich mästen und willkürlich ihrem ewigen Naturgesetz folgen, unbekümmert um die bevorstehenden Gefahren und den Massenmord, der sie desimieren wird, von den Lehmwänden der Randoben bis zu den Minarets in Tunis auf die wasserfreie Voluna: Aufbruch nach Europa!

Volksfr. 3 r o.

Theater und Musik

Städtisches Konzerthaus

Zum erstenmal: „Der Mann, der seinen Namen änderte“

Schauspiel in 3 Akten von Edgar Wallace

Wenn ein Schriftsteller in seiner Produktion so fruchtbar ist, daß seine Romane und Dramen wie aus der Wurfprille geflossen erscheinen, so geht das gewöhnlich auf Kosten der Qualität. Der „Dexer“ des Herrn Wallace war ein Reiser ohne literarische Ansprüche, das vorliegende Stück ist aber nur ein jeder Anfang davon, eine Art Tridfilm, eine wenig geistreiche Nachführung des Publikums. Das mag amerikanischer Geschmack sein, für uns ist es infantil. Man wundert sich über die Genügsamkeit der Leute drüben. Zudem ist die Exposition schwerfällig und die Handlungsführung unklar. Tritt dann noch ein faloppes Sprechen hinzu, wie das unter der verantwortlichen Leitung des Herrn Dr. Langgrobe wieder stark in Erscheinung trat, dann kann man sich über den Mangel und die Langeweile des Publikums nicht wundern. Wir haben uns an dieser Stelle mehrfach darüber aufgeschlossen, daß die Darsteller bei Herrn Langgrobe zu schlabria reden; der Herr Doktor besitzt aber offenbar nicht die Kraft oder nicht den Willen, sich gegen diese Unart durchzusetzen. Es würde uns auch gar nicht wundern, wenn demnachst aus der Feder eines Theatermitglieds ein Artikel im Programmheft erschiene, worin das unverständliche Sprechen als eine moderne Stilmanier gepriesen würde, von der die wertvollste Kritik wieder einmal nichts versteht. Wir haben bereits Aufschreie aus dem Publikum erhalten mit der Bitte, doch einmal ernstlich gegen dieses rüchsigste Leiden in der Front zu machen. Es hat nichts getraut. In diesem Theaterabend ist nun das Publikum einmal zur Selbsthilfe gelehrt, indem es vom Saal aus gegen die Bühne rief: „Lauter — deutlicher“, genau als wäre man in der Volksversammlung. Es ist besonders Herr Suß, der sich in unverständlichem Sprechen sowie in einer auffal-

lenden Vernachlässigung seines Spiels gefällt. Aber Herr Schreiner ist auch nicht frei davon. Die älteren Schauspieler verstehen noch zu sprechen, es scheint, daß die jüngeren es bereits für bequem finden, auf ihren Lorbeeren auszuruhen. Und die Spielweise verlagert total. Warum legt man die Regie eines so modernen Wertes nicht in die bewährten Hände des Herrn v. d. Trend oder Baumbach? Und der Herr Generaldirektor Dr. Waag ist doch auch Regisseur?

Der Eindruck des Stückes ist kein sonderlicher. Es fehlt an Wit und Geist. Herr Brand hat eine interessante Rolle, die er mit Verständnis durchführte. Er sah vorzüglich englisch aus, wie übrigens auch Herr Böcker und Gemmede. Beifall mächtig.

Selbstbildnisse badischer Künstler. Die in Karlsruhe mit Erlola aufgenommene Ausstellung badischer Künstler wurde vom Mannheimer Kunstverein auf vier Wochen erworben. Der Mannheimer Kunstverein, der sich um die Unterstützung der guten einheimischen Kunst verdient macht und durch Ausstellungen besonderer Art sich ein bestimmtes Liebhaber-Publikum betanoogen hat, hat diese Wanderausstellung zuerst nach Karlsruhe erworben. Es wurden aber die Stücke, die vom Publikum in Karlsruhe als Tronie und komische Darstellungen aufgenommen und belacht wurden, entfernt, so daß es sich hier nur um eine Qualitätschau handelt. Es befinden sich darunter die beim Wettbewerb prämierten Bilder. Jedenfalls ist diese Ausstellung von Selbstbildnissen unbedeutend von der Streitfrage, ob sie ein geeigneter Gegenstand des Wettbewerb war, geeignet, das große Publikum in die Wägen zu ziehen und es für die Kunst auf dem Umwege über die Persönlichkeit zu interessieren.

Literatur

Auch an dieser Stelle besprochenen und angelegentlich Bücher und Zeitschriften können von unserer Verlagsbuchhandlung bezogen werden.

Wo werden die schönsten Bücher hergestellt? Die zur Zeit in der Deutschen Bucherei in Leipzig ausgearbeiteten 50 bestgedruckten Bücher des Jahres 1929 verteilen sich hinsichtlich der Verleger auf die verschiedenen deutschen Länder. Es entfallen 20 auf Preußen, 12 auf Sachsen, 5 auf Hessen, 4 auf Bayern, 4 auf Thüringen, 2 auf die übrigen deutschen Länder; ferner 3 auf Oesterreich. Gruppieren man die Bücher nach Druckern — an dem Druck der illustrierten Werke sind zum Teil mehrere Firmen beteiligt — so verfährt sich das Bild. Es kommen dann auf Thüringen 3, auf Württemberg 1 und auf Oesterreich 3 Firmen. Von den Verlegern steht der Insel-Verlag in Leipzig mit 4 Werken, von den Druckern die Offizin Kochel & Trente in Leipzig mit 8 Drucken an der Spitze. Als das schönste Buch unter den 50 wurde von den Preisrichtern einstimmig die von der Cramach-Verlag in Weimar hergestellte Ausgabe von Shakespeares Hamlet bezeichnet.

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Die Entlastung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland, die in diesem Jahre ebenso wie im Jahre 1929 in der ersten Hälfte des März einsetzte, hat in der zweiten Monatshälfte langsam aber stetige Fortschritte gemacht. In der Zeit vom 15.—31. März verminderte sich die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitsuchenden, denen noch keine Arbeit nachgewiesen werden konnte, von rund 187 000 auf 169 000 um 18 000 Personen oder um 10 v. H. Im vorläufigen Jahre belief sich die Zahl der Arbeitskräfte, die in der gleichen Zeit wieder Arbeit gefunden haben, auf 33 000 und die Zahl der Kräfte, die auf Vermittlung warteten, auf 159 000.

In diesem wie im vorigen Jahr hatten an der Entlastung des Marktes fast ausschließlich die männlichen Berufe Anteil. Die Erleichterung, die der Arbeitsmarkt für Frauen erfuhr, war in beiden Jahren nur geringfügig. Während im vorigen Jahr nach einer langanhaltenden und ebensolchen harten Kälteperiode, die weit über den gewohnten Rahmen der wintertypischen berufstätigen Arbeitslosigkeit hinaus auch vielen nicht von der Jahreszeit und Witterung unmittelbar abhängigen Gewerben und Berufen eine ausgedehnte Arbeitsruhe aufgeworfen hatte, zeigte sich im Winter 1929/30, daß die Winterarbeitslosigkeit nicht nur durch die Witterung sondern in sehr beachtlichem Ausmaß durch Gewohnheit und Tradition in den einzelnen Berufen und Gewerben bestimmt wird. Es scheint so, als ob der Umfang und die Dauer der Winterpause zunimmt. Die Keilspitze ist eine Zusammendrängung der Beschäftigung auf kürzere Zeit. So kommt es, daß die Saisonberufe im gegenwärtigen Zeitpunkt nur um ein geringes weniger den Arbeitsmarkt belasten, die Konjunkturgruppe aber mit einer einzigen Ausnahme, nämlich dem durch die besser beschaffte hadische Tabakindustrie ausgiebig beeinflussten Nahrungsgüter- und Genussmittelgewerbe, schlechter dastehen als im Vorjahr.

Für die augenblickliche Situation und für die Beurteilung der weiteren Entwicklung ist ferner der Ueberschuß an offenen Arbeitsstellen, die noch zur Befriedigung der Bedürfnisse, von besonderer Bedeutung. Der Umstand, daß Ende März 1929 9 163 Arbeitsplätze (3 646 für Männer, und 5 517 für Frauen) frei waren, während es Ende März 1930 nur 4 636 (1 550 für Männer und 3 086 für Frauen) sind, zeigt mit Deutlichkeit die Ungleichheit der gegenwärtigen Lage und die wenig erfreulichen Aussichten für die weitere Entwicklung. Auch das anhaltende, wenn auch leichte Steigen der Krisenunterstützung, die nur für die Berufe mit andauernd schlechter Arbeitslage ausgelassen ist, bekräftigt diese Feststellung. Die Abnahme der Unterstützten in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung ist lediglich auf rein saisonmäßige Einflüsse zurückzuführen.

Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war am 31. März 1930 folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 95 257 Personen (80 808 Männer, 14 449 Frauen), in der Krisenunterstützung 14 239 Personen (11 173 Männer, 3 066 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel in der Zeit vom 15. bis 31. März um 16 094 Personen oder um 12,8 v. H. von 125 590 Personen (107 554 Männer, 18 036 Frauen), auf 109 496 Personen (91 981 Männer, 17 515 Frauen); davon kamen auf Württemberg 42 172 gegen 50 638 und auf Baden 67 324 gegen 74 952 am 15. März 1930.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland kamen am 31. März 1930 auf 1000 Einwohner 21,8 Hauptunterstützungsempfänger.

Oberbürgermeister-Sorgen in schwerer Zeit

Welch schwere Sorgen mancher Oberbürgermeister in dieser Zeit schwerer Arbeitslosigkeit hat, zeigt folgende Mitteilung des Oberbürgermeisters von Koblenz an die Presse über die „Ueberführung“ der Fahnen des ehemaligen 8. Armeekorps nach Koblenz:

„Der Chef der Bezirksleitung, Herr Generaloberst Bese, hat der Stadt Koblenz die Fahnen des ehemaligen 8. Armeekorps, das hier seinen Standort hatte, zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um 28 Fahnen, die sich zur Zeit im Landesmuseum in Münster befinden. Nach der Ueberführung von dort nach Koblenz werden diese am Sonntag, 13. April, vormittags 11.30 Uhr, in festlichem Zuge, begleitet von Abordnungen der Offiziere und Mannschaften der ehemaligen Regimenter, vom Rathaus zum Clemensplatz überführt und dort im Anschluß an einen Gauappell der mittelrheinischen Gaue des preussischen Landeskriegerverbandes durch den Reichshaber des Wehrkreisverbandes 6 Münster, Herrn General Föhrenbach der Stadt Koblenz übergeben und von Herrn Oberbürgermeister Dr. Kuffell in die Obhut der Stadt übernommen. Nach dem Festakt, an dem auch die hiesigen Behördenspitzen teilnehmen werden, erfolgt ein Paradeumzug der Krieger- und Regimentsvereine an den alten Feldzeichen vor der Säulenhalle des Schlosses. Abschließend finden die Fahnen in dem ehemaligen Ausfittsaal des Schlosses Aufstellung. Viele alte Soldaten und Regimentsvereine der früheren Koblenzer Regimenter werden an diesem Tage ihre ehemalige Garnisonstadt besuchen.“

Die Gegenüberstellung der furchtbaren Not unserer Zeit mit den festlichen Aufmarschplänen in Koblenz dürfte jeglichen weiteren Kommentar zu diesem Vorgang erübrigen, so daß wir uns mit dem Hinweis begnügen können. Oberbürgermeister-Sorgen in schwerer Zeit!

Prählerei, Wunsch oder Wahrheit?

Die Unterjochung gegen nationalsozialistische Zellenbildung innerhalb der Reichswehr hat in München einige Vernehmungen notwendig gemacht, die Reichsgerichtsrat Braune persönlich durchführt. In den Räumen der Münchener Polizeidirektion wurden mehrere frühere Offiziere vernommen, die jetzt als Angestellte der Hitler-Partei die militärische Ausbildung gegen 9 Uhr ein Feuer aus, das in den mit Torfball gefüllten Röhren reiche Nahrung fand und das ganze Gebäude erglüh. Erst nach mehrstündiger Arbeit gelang es der Feuerwehr, den Brand auf seine Herd zu beschränken.

Frau Hanau aus der Haft entlassen
Paris, 8. April. Frau Hanau, die Leiterin der Gazette du France, ist heute abend, nachdem die geforderte Kaution von 800 000 Francs von ihren Verwandten und Gläubigern aufgebracht worden ist, aus der Haft entlassen worden.

Betrug an der Reichsschuldenerverwaltung
Die Berliner Kriminalpolizei hat den Berliner Rechtsanwalt und Notar Dr. Bauer und den Kaufmann Willi Peine unter dem dringenden Verdacht verhaftet, gemeinsam den vor einigen Wochen aufgedeckten Betrug an der Reichsschuldenerverwaltung in Höhe von 39 000 M. verübt. Dr. Bauer selbst ferner unter der Anklage, eine ganze Reihe von Auslandsdeutschen durch Unterschlagungen geschädigt zu haben.

Der neue Komet 1930
Das Planetarium der Stadt Stuttgart teilt uns mit: Der am 21. März von Witt in Krakau aufgefunden neue Komet 1930, ist inzwischen noch mehrmals heller geworden und hat die Sichtbarkeitsgrenze für das bloße Auge überschritten. Er ist bis zur 5. Größe annehmbar. Der Schweif ist nur sehr schwach, etwa 1 Grad lang zu verfolgen. Er wird sich in den nächsten Tagen etwa in der Mitte zwischen den hellen Sternen Beta und Delta Andromedae hindurchbewegen und zwar in nordöstlicher Richtung, um dann nur wenig südlich vom Andromedanebel vorüberzuziehen. Dies dürfte kein Auffinden für den Sternfreund sehr erleichtern, zumal er also schon im Herbst und bei gutem klarem Westhorizont schon mit bloßem Auge erkannt werden kann. Er geht etwa um 10 Uhr abends unter.

Volkswirtschaft

Die Großeinzelhandelsfirmen des Reichs haben die Mägen der Konsumgenossenschaften „Eintracht“ in Offen und „Wohlfahrt“ in Bochum übernommen. In beiden Mägen können täglich etwa 225 Tonnen Getreide verarbeitet werden, davon 120 Tonnen zu Roggen- und Weizenmehl und etwa 105 Tonnen zu Malt- und Gerstenmehl. Neben anderen Getreidemehl, die zur Uebernahme führen, war es in der Sowjetunion die Einkauf der beiden Vereine, daß in einzelnen Jahren in diesem Bezirk eine Großmühle der GÖG errichtet wird und neben einem solchen Großbetriebe die Vereinigungen keine Existenzberechtigung mehr haben.

Schulputsch als Gaudium

Schnellphotos vom kommunistischen Kriegsschauplatz

Die Kommunisten haben in Berlin-Mitte ein „Schulstreik“ inszeniert. Es „streikten“ in der Schule Zöllnerstraße 25 Prozent aller Schüler, in der 31. Gemeindeschule in der Kottbuscher Straße 32 Prozent, in der 32. Schule derselben Straße 50 Prozent. Die erste Klasse der 32. Gemeindeschule, in der die „Bewegung“ begann, hat die sogenannte Kampfschule. Vor den Schülern paratourierten Polizeibeamte, die und da kam es zu heftigen Zusammenstößen.

„Schulstreik in Neustadt!“ Protest gegen die mörderischen Straßnahmen des Magistrats! So oder ähnlich laut Berlin Kommunistenpresse in gut abgeleiteter Sprache. Aber was ist das Ganze? Ein Gaudium für die Hebelmollenden, und hinterhältige Absicht, den Vertretern des Schulfortschritts kommunistische Knüttel zwischen die Beine zu werfen.

Promot wurde vom Karl-Viehnacht-Haus alles organisiert: Jung Spartacus hat sogar ein Streikfoto, eine entorend linientreu eingerichtete kommunistische Kneipe. Dort geht es unerbittlich betrieblich zu; jeder Fremde, besonders jeder erwachsene Fremde, wird von mißtraulichen Blicken durchdrungen, als ob es alte, die Geheimnisse eines großen Hauptquartiers gegen Spionagenaugen zu wahren. Flugblätter werden ausgegeben, Transparente aneignet — es ist der Ausbruch der Weltrevolution in miniature, Korrektur jeder wahrhaft revolutionären Bewegung. Die 13—14-Jährigen, die hier Streikleitung markieren, was ihnen wahrscheinlich ein großes Gaudium, sicher aber keinerlei Ueberzeugung ist, sind die Requiriten eines höchst nichtsnutzigen Systems, das die Unternehmungslust einer harmlosen Jugend für sinnlose Parteimärsche mißbraucht.

Ein Herr, der den Kinotop eines Revolutionsmenschen darstellen konnte, schließt im grotesken Lächeln übertriebenen Selbstbewusstseins und lächerlicher Eitelkeit förmlich in das Streikfoto hinein, greift sich einen Jungpartist aus der „Leitung“ und redet mit wilden Gesten auf ihn ein. Der Junge steht mit ganz verdunkeltem Gesicht da, begreift wenig oder gar nichts von dem reberischen Sturzbad, der auf ihn niederprasselt, rafft sich dann zu einem mehrfachen schüchternen „Ja, ja“ auf, drückt dem Wichtigtu die Hand und verschwindet mit höchstem Aufsatzen im Gewühl der Gottseibeiholden in der Straße.

Indessen hat man im Streikfoto auch Sinn für Humor. Zwei etwa 15-Jährige unterhalten sich über die Kriegslage. Freilich verläßt diese Diskussion mehr im berlinischen, als in dem von Moskau gemündeten Rahmen. „Du, Emil“, sagt der eine, ein früherer Benkel mit Stupsnase und rotblondem Schopf, „meist du, wenn ich vorhin jechen hab?“. Den Schimpel, die alle Weidertel! Als er mich lä, is er leben ichleben und hat mir ganz laut und deutlich ausgerufen: Karl, Karl!, hat er jechen — da bin ich doch jechen, was id Lönne.“

Der andere macht ein etwas belebtes „etwas empörtes Gesicht.“ „Ja, was denn, Emil, soll ich mit den mit die dampfige Gule in ne nähere Unterhaltung inlassen, wa...?“ — worauf Emil den Karl eine feige Tschle“ nennt, was Karl wiederum mit einem gleich verben Kofemort quittiert.

Die kommunistischen Deker, hinter denen angeblich die Sympathie der gesamten Elternschaft steht, arbeiten mit einem geradezu niederträchtigen Terror. „Was soll man schon machen?“ laut eine ältere Frau und sieht sich scheu um, „id lasse meine Töbren zu Hause. Wat hat man davon, wenn man Rentente macht? — nachher schmeißen sie einem die Fenstersteine in. Wat mein Mann is, wisse je wat der jehagt hat?“. Das die Kinder zu Hause, Olla, hat er jehagt. Meinste, id will nachher die Ueberzeugung vom RFB besiegen?“

„Das ist die kommunistische „Revolutionierungsarbeit!“ Mit dem Prädel gegen die eigenen Klassenangehörigen!“

Die Kampfschule des „sponianen“ Streiks der Elternschaft liert prompt, billig und verlogen das kommunistische Parteifreilicht. „Nieder mit Kaddab!, dem Ausbureter der Proletenfinber!“ Oder „Arbeiterfinber! Wer hat euch verrotten? Die Sozialdemokraten!“ — in diesem blumigen Stil sind die Plakate gehalten, die man den abnungslosen Neun- bis Zwölfjährigen um den Hals hängt.

Seitdem allerdings die Polizei gegen den Unfug einschreitet, probt man ein neues System aus: das Tragen zweifelhafte beschrifteter Plakate, die auf der einen Seite mit einem ganz harmlosen und auf der anderen mit einem politisch hegenden Text demit gehalten sind. In Gefahr im Unfug, so wird mit hochgewitziger Anfallfreudigkeit und -wenigkeit das Plakat-Blätchen gemendet.

Zwei Knirpse stehen am Weg und beobachten neugierig eine Schupparouille.

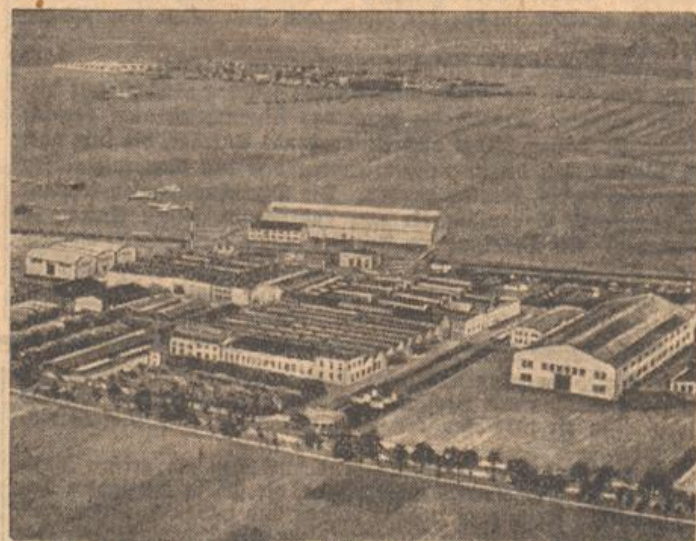
„Du, ob die schiefen werden?“
„Das glaub ich nicht.“
„Vielleicht verbaufen sie uns nur.“
„Das glaub ich auch nicht.“
„Warum denn nicht?“
„Die haben ja Schiß vor uns — — —!“

Nach bemähten Schmierereien arbeiten die Kommunisten auch im „Schulstreik“ mit Lackfarbe. Je frälliger, desto besser. Nur mit der Ortsgauche hanert es etwas. „Auf zum Chulstreik!“ liest sich zwar ganz originell, aber nicht gerade sehr imponierend, nicht gerade sehr revolutionär. Und unter der aufmunternden Propagandafarbe grinst auch schon die Frase einer neuen Sowjetleite.

Aus aller Welt

Was die Zeppelinlandung in Lakehurst kostete

Die Washingtoner Marinebehörde veröffentlicht die Abschmachungen mit den Zeppelinwerken über die Kosten der nächsten Landung des Zeppelins in Lakehurst. Für die Vorbereitungen zur Landung erhält die Marine der Vereinigten Staaten 3000 Dollar. Für die Benutzung des Ankerkastens und des Landungsplatzes müssen 2000 Dollar pro Tag bezahlt werden, jeder Tag Verpätung kostet 1000 Dollar. Die Zeppelinwerke müssen weiter die Kosten für den Transport der als Landungsmannschaft benötigten Marinematerialien sowie jeglichen Materialschaden ersetzen und für den Fall, daß Personen zu Schaden kommen, diese entschädigen. Als Sicherheit dafür müssen 15 000 Dollar hinterlegt werden.



Deutscher Flughafen mit den Zunterswerken

Großfeuer auf dem Leipziger Güterbahnhof
Leipzig, 8. April. Auf bisher noch unaufgeklärte Weise brach im Dachstuhl eines Kühlhauses auf dem Gütergelände des Leipziger Hauptbahnhofs heute gegen 9 Uhr ein Feuer aus, das in den mit Torfball gefüllten Kühlwänden reiche Nahrung fand und das ganze Gebäude erglüh. Erst nach mehrstündiger Arbeit gelang es der Feuerwehr, den Brand auf seine Herd zu beschränken.

Frau Hanau aus der Haft entlassen
Paris, 8. April. Frau Hanau, die Leiterin der Gazette du France, ist heute abend, nachdem die geforderte Kaution von 800 000 Francs von ihren Verwandten und Gläubigern aufgebracht worden ist, aus der Haft entlassen worden.

Betrug an der Reichsschuldenerverwaltung
Die Berliner Kriminalpolizei hat den Berliner Rechtsanwalt und Notar Dr. Bauer und den Kaufmann Willi Peine unter dem dringenden Verdacht verhaftet, gemeinsam den vor einigen Wochen aufgedeckten Betrug an der Reichsschuldenerverwaltung in Höhe von 39 000 M. verübt. Dr. Bauer selbst ferner unter der Anklage, eine ganze Reihe von Auslandsdeutschen durch Unterschlagungen geschädigt zu haben.

Der neue Komet 1930
Das Planetarium der Stadt Stuttgart teilt uns mit: Der am 21. März von Witt in Krakau aufgefunden neue Komet 1930, ist inzwischen noch mehrmals heller geworden und hat die Sichtbarkeitsgrenze für das bloße Auge überschritten. Er ist bis zur 5. Größe annehmbar. Der Schweif ist nur sehr schwach, etwa 1 Grad lang zu verfolgen. Er wird sich in den nächsten Tagen etwa in der Mitte zwischen den hellen Sternen Beta und Delta Andromedae hindurchbewegen und zwar in nordöstlicher Richtung, um dann nur wenig südlich vom Andromedanebel vorüberzuziehen. Dies dürfte kein Auffinden für den Sternfreund sehr erleichtern, zumal er also schon im Herbst und bei gutem klarem Westhorizont schon mit bloßem Auge erkannt werden kann. Er geht etwa um 10 Uhr abends unter.

Schweizer Forscher gestorben

In den Folgen eines Gehirnleidens ist in Arbon Alfred Koller-Sauer im Alter von 68 Jahren gestorben. Der Verdienste hat als Einzel-Forscher bedeutende Auf erworben. Koller war in jungen Jahren nach Neapoli ausgewandert. In El Tor am Roten Meer gründete er eine Station für wissenschaftliche Forschungen und hat dieser von 1899—1896 vorzustanden.

Berlin—Moskauer Fernsprechverkehr?

Der Fernsprechverkehr Berlin—Moskau wurde offiziell eröffnet. Die deutsch-russischen Vereinbarungen darüber belegen, daß der Verkehr uneingeschränkt vor sich gehen soll, d. h. für alle amtlichen und gleichzeitigen privaten Gespräche. Wie viele andere Verträge, so stehen auch die deutsch-russischen Abmachungen über den Fernsprechverkehr für Russland zunächst nur wieder auf dem Papier; denn die russische Postbehörde stellt nur Verbindungen für Behörden und Uemter her. Fernsprechnetze in das Ausland läßt sie nicht führen, weil Fernsprechnetze einer bolschewistischen Vorseit nur unterliegen.

Kultusminister a. D. Becker Universitätsprofessor

Wie der Amtliche Preuss. Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Grimm, dem Reichstage der Preussischen Abgeordnetenversammlung, dem früheren preussischen Kultusminister Prof. Dr. Becker die ardenliche Professur für Islam-Wissenschaft an der Universität Berlin angeboten.

Verjährung des Hochseespaars

Das rätselhafte Verbrechen eines Berliner Hochseespaars beschäftigt seit einigen Tagen die Kriminalpolizei. Es handelt sich dabei um die Tochter des Berliner Sanitätsrates Dr. Burkhardt, die im Februar einen Direktor Kappelt geheiratet hatte. Die beiden jungen Leute begaben sich im Auto auf die Hochseereise, die sie nach Frankreich, Italien und der Schweiz führte. Am 24. März teilte Frau Lotte Kappelt ihrem Vater von der deutsch-schweizerischen Grenze mit, daß sie am 26. mit dem Auto nach Berlin zurückkommen werde. Seitdem sind beide verjährt und es fehlt auch der geringste Anhaltspunkt dafür, was aus ihnen geworden sein könnte. Der Vater erkundigte sich zunächst telefonisch in den Grenzorten nach dem Verbleib seiner Kinder und fuhr schließlich mit seinem eigenen Auto die ganze Strecke bis nach Schaffhausen ab, ohne daß sich irgend etwas über den Verbleib des Hochseespaars feststellen ließ. Am 24. März war es zuletzt in Berlin an der Grenze gesehen worden. Aber auf der ganzen Strecke hatte man weder den Wagen bemerkt, noch einen Ueberfall beobachtet, noch konnten die Grenzbehörden längs des Weges irgendeine Anzeichen über den Verbleib der jungen Leute machen.

Doppelmord aus Verzweiflung

Ein noch unaufgeklärtes Verbrechen beschäftigt die Pariser Defensionsität in hohem Maße: Unter dem Verdacht des Doppelmordes ist der deutsche Radiologe Konrad Koch in der französischen Hauptstadt verhaftet worden. Koch ist der Sohn eines Apothekers aus Hörtz in Westfalen. Er hat an der Berliner Technischen Hochschule studiert und galt als ein Mensch mit glänzenden Zukunftsaussichten. Wegen einer Liebesaffäre entwarf sich Koch mit seinen Eltern. Er verließ Deutschland und begab sich mit seiner Geliebten, einem Fräulein Sabatier aus Straßburg, nach Paris. Hier geriet das Paar bald in schwere wirtschaftliche Notlage. Eines Tages war die junge Sabatier spurlos verschwunden. Alle Nachforschungen blieben erfolglos. Vor einigen Tagen geschah ein Ereignis, das zur Festnahme des Koch führte. In einem Waffenladen erstand er einen Revolver und ichte damit den Waffenhändler ohne jeden Grund über den Haufen. Man vermutet in den Kreisen der Pariser Polizei, daß Koch den Waffenhändler in Geistesverwirrung und betäubt, während er seine Freundin aus Verzweiflung vorrästlich umbrachte.

Sowjetterror auch außerhalb Russlands

Der sowjetrussische Generalkonsul in London hat an ungefähr 20 in England lebende Russen die Aufforderung gerichtet, binnen sieben Tagen nach Sowjetrußland zurückzukehren, widrigenfalls sie die Staatsangehörigkeit der Sowjetunion verlieren und mit Verschlagnahme ihres ganzen Vermögens sowie mit Gefängnis bestraft würden.

Die Gemeinden wehren sich

Gegen das projektierte Finanzgesetz der badischen Regierung - Eine Denkschrift der Städte - Der Verband badischer Gemeinden ebenfalls gegen das Finanzgesetz

Das Finanzgesetz des badischen Staates, das nun im Entwurf vorliegt, bringt für die Gemeinden derartige finanzielle Nachteile mit sich, daß die Städte der Auffassung sind, daß der badische Finanzausgleich auf Kosten der Gemeinden durchgeführt werden soll. Diese Benachteiligung der Gemeinden hat auf Seiten der letzteren Bestürzung hervorgerufen und der Badische Städteverband und der Badische Städtebund, also die Großstädte und die mittleren Städte haben bereits eine Petition an den Reichspräsidenten und an den Reichstag mit den beiden Städteorganisationen gefertigt. Am Dienstag im Saale der badischen Hochschule für Musik in Karlsruhe, der badischen Städteverband und des Städtebundes aus den verschiedensten Landesteilen und Pressevertreter aus der Landeshauptstadt und außerhalb derselben teil. Bei dieser Besprechung kamen sowohl die beratenden Vertreter der Großstädte Badens wie auch der mittleren Städte zu Wort. Aus allen Reden klang der Nachdruck und der Protest gegen die Absichten der badischen Regierung heraus, den badischen Gemeinden eine noch schärfere finanzielle Last zu vererben, wie es bisher der Fall war. Und dies, trotzdem die Gemeinden viel größere finanzielle Aufgaben zu erfüllen haben, wie in der Vergangenheit. Die Redner betonten, daß andere Länder viel gerechter vorgehen wie der badische Staat.

Den Vorsitz der Besprechung führte Herr Oberbürgermeister Dr. Zinter (Karlsruhe) der in seinen einleitenden Worten der Sorge um die Genußerhaltung der Gemeindefinanzen Ausdruck gab. In Hand von Beispielen aus der Praxis, insbesondere aus Karlsruhe, legte er die geradezu katastrophale Auswirkung des projektierten badischen Finanzausgleichs dar.

Selbst wenn der Verteilungsschlüssel aus den Reichsüberweinssteuern der gleiche bliebe wie bisher, würde Karlsruhe 564 000 M. weniger erhalten. Dazu kommt infolge der Wirtschaftskrise der Anstieg an anderen Steuern, so daß Karlsruhe insgesamt über 800 000 M. weniger an Steuern einnehmen würde. Im Gegenzug hierzu kommt eine ungeheure Steigerung der Ausgaben, insbesondere auf dem Gebiete der Fürsorge.

So z. B. für das Jahr 1930 gegenüber 1928 um 400 000 M. 1925 betragen die Ausgaben in Karlsruhe für Wohlfahrtszwecke 4,3 Millionen, 1930 aber belaufen sie sich auf 7,6 Millionen oder 1925 nämlich auf 11 750 M. und 1930 aber 20 810 M. Die Netto-Ausgaben der Stadt Karlsruhe für Wohlfahrtszwecke waren 1925 2,16 Millionen, 1930 belaufen sie sich auf 5 300 000 M. Und diese Steigerung ohne Veränderung des Verteilungsschlüssels. In diese schmerzliche finanzielle Situation kommt nun das Begehren der Regierung, die Ueberweinssteuern noch zu kürzen, insbesondere durch Reduzierung des Verteilungsschlüssels für die Gemeinden. Dagegen müßte Front gemacht werden. Was der Staat an Ertrag dafür geben wolle, sei sehr zweifelhafter Natur und sei kein Ersatz für die beabsichtigte Reduzierung des Anteils an der Ueberweinssteuer. Der Staatspräsident habe seine Aufgabe nicht erfüllt, Redner betonte sich nun mit den einzelnen Steuern, die als Ersatz den Gemeinden zufallen sollen. Die Schuldenverhältnisse sei kein Geschenk und die Mineralwassersteuer sei kein Ersatz, insbesondere da sie nicht den Gemeinden direkt zufließt. Diese Einnahmen, wie auch die Einwohnersteuer, sollten als zusätzliche Steuer gelten.

Der Finanzausgleich stelle einen Anreiz auf die Grundlagen der Gemeindefinanzen dar. Der Regierung müsse der Vorwurf gemacht werden, daß sie als Inhaber der Gesamtverwaltung dies benutze, um den Staat finanziell zu lasten der Gemeinden. Der Staat solle außerordentliche Aufgaben aus außerordentlichen Mitteln bestreiten, nicht aus ordentlichen Mitteln.

Nach diesen sehr beifälligen Ausführungen sprach Herr Oberbürgermeister Renner (Rastatt) im Namen des Städtebundes. Er teilte die Auffassung seines Vorredners und kritisierte u. a., daß im ordentlichen Budget des badischen Staates 100 000 M. für weitere Waldkomplexe für den Domanengrundbesitz angedacht werden. Die Finanzpolitik des Staates müsse auch auf Volkswirtschaftspolitik einseitig sein. Man könne der ausgenutzten Wirtschaft nicht noch größere Opfer auferlegen. Aber auch vom politischen Standpunkte aus im Hinblick auf die Gemeindefinanzen sei der Standpunkt der Regierung ein verfehlter. Er zerstöre das Vertrauen zur Regierung und dem System.

Oberbürgermeister Dr. Heimerich (Mannheim) bezeichnete den Finanzausgleich als eine Angelegenheit, die die ganze Öffentlichkeit interessiere und wandte sich gegen die Art der Erledigung der Angelegenheit seitens der badischen Regierung, die einer Ueberumpelung der Gemeinden gleichkomme. Nur eine Steuererhöhung, die in den Grenzen des Tragbaren sich bewege, sei akzeptabel. Wenn die Steuerpläne von Land, Reich und Stadt Mannheim Wirklichkeit werden sollten, dann belaste dies die Stadt Mannheim mit ihrer darniederliegenden Wirtschaft um 5 Millionen Mark. Bei Betrachtung des ganzen Problems werde man sich klar, daß kleine Staaten mit so hohen Generalaufkosten ihre Selbständigkeit überlebt haben. Eine Hochschule für Baden würde auch genügen und das ganze badische Defizit wäre bedoben. Die Behandlung der Gemeinden durch den badischen Staat bezüglichen des Finanzausgleiches entspreche nicht der Verfassung. Auch dieser Redner wies auf die angemessenen Fürsorgekosten hin und forderte größte

Sparlichkeit in der Gemeinde. Diese sei aber mit einem Personalabbau nicht getan. Die Ersatzsteuern würden noch weniger einbringen als angezweifelt sei und seien keine Dauersteuern. Die Gebäudefördersteuer dürfe man nicht noch mehr belasten, schon wegen den Mietserhöhungen, aber der Anteil für allgemeine Zwecke sollte erhöht werden.

Stadtratsrat Dr. Ketterer vom Badischen Städteverband führte etwa folgendes aus:

Wenn man das Finanzgesetz und den Voranschlag für 1930 und 1931 aufmerksam betrachtet, fällt zunächst auf, daß das Land trotz seiner hohen Lasten in der Lage ist, ordentliche Mehreinnahmen von jährlich 4,7 Millionen zu erzielen, die zur Deckung außerordentlicher Mehrausgaben Verwendung finden können. Eine nähere Untersuchung befähigt die Richtigkeit der von den Städten schon seit Jahren immer vertretenen Auffassung, daß der Staat seinen Haushalt auf Kosten der Gemeinden ausleiht, die nach verschiedenen Richtungen hinwärtig schlechter gestellt sind als die Städte anderer Länder. Der Versuch, die Anteile der badischen Gemeinden an den Reichsüberweinssteuern noch weiter zu kürzen, als dies durch das Gesetz vom Jahre 1925 bereits geschehen ist, hat keinen Vorzug bei den übrigen Ländern des Reiches. Die Absicht des badischen Staates muß umso lebhafterem Widerstand begegnen, als die badischen Städte bei der Verteilung der Reichssteuern schon nach der gegenwärtigen Regelung schlechter fahren als die Städte anderer Länder. Im Reichsbudgetertrag erhalten die Gemeinden von den Ueberweinssteuern 48 Prozent, in Preußen sogar 51 Prozent. Die badischen Gemeinden erhalten dagegen nur 35,7 Prozent des Gesamtlandesanteils.

Auf dem Gebiet der Realsteuern sind die badischen Gemeinden gegenüber denen anderer Länder dadurch im Nachteil, daß der Staat diese Steuerquelle stärker ausschöpft als dies andere Länder tun. Da die Gesamtbesteuerung des Grundbesitzes und des Gewerbes in einem Lande die Belastung eines anderen Landes nicht wesentlich übersteigen kann, sind die Städte durch die stärkere Vorbelastung in dieser Einnahmemöglichkeit durch die starke Vorbelastung des Landes wesentlich eingeschränkt. In Grund- und Gebäudesteuer haben im Jahre 1926 auf den Einwohner erhoben: Preußen 6,4 M., Baden 7,8 M., Baden dagegen 11,3 M. Die Gemeindefürsorge in Preußen den Gemeinden ganz überlassen. Schon seit Jahren führen die Städte einen Kampf um die Kraftfahrsteuer, deren Ertrag nach dem Sinn der Reichssteuergesetze allen Regimentspflichtigen zufallen soll. Der badische Staat behält jedoch den Landesanteil an dieser Steuer ganz für sich, im Gegensatz zu nahezu allen anderen Ländern, die an dem Steuerertrag auch ihre Gemeinden beteiligen. Die Kraftfahrsteuer brachte dem Staat im Jahre 1926 3,58 Millionen, 1928 6,2 Millionen, für 1930 sind 8,6 Millionen vorgezogen. Nachdem der Städteverband der Regierung nachgewiesen hatte, daß das Steuerertrags in den letzten Jahren vom Staat für die ordentliche Straßen- und Brückenunterhaltung nicht voll benötigt werde, der Staat vielmehr schon in den letzten Jahren einen Ueberschuß von mindestens jährlich 1,8 Millionen erzielt, wurde nun im Voranschlag für 1930 der ordentliche Landstraßenaufwand durch Aufnahme außerordentlicher Positionen von 3,25 Millionen auf 8,79 Millionen erhöht, damit die Reichsentscheidung formal erfüllt ist!

Auch auf dem Gebiet der Polizeikostenverteilung hat sich der Staat auf Kosten der Städte mit Staatspolizei, etwa im Gegensatz zu Preußen, wesentlich entlastet. Das Land erhält einen Reichsbeitrag für die Sicherheitspolizei von jährlich 7,76 Millionen. Während nun Preußen seinen entstehenden Reichsbeitrag zunächst an dem eigenen Verwaltungsaufwand absetzt und von seinen Städten lediglich ein Drittel des wirklichen Aufwandes zurückverlangt, müssen die badischen Städte dem Lande 60 Prozent des Bruttoertrags der polizeilichen Personalkosten ersetzen.

Besonders offensichtlich wirkt sich die ungerechte Einnahmen- und Ausgabenverteilung zwischen dem Lande und den Gemeinden, vor allem aber auch auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge aus. Man veranschaulicht sich, welche ungeheure Mehrbelastung den Städten dadurch entstanden ist, daß die Fürsorgeausgaben der 16 verbandstreu Städte des Landes von 4 Millionen (im Jahre 1913) auf 33 Millionen (im Jahre 1929), also um über das Achtfache gestiegen sind. Allein vom Jahre 1926 bis heute sind die Fürsorgekosten um 5 1/2 Millionen weiter gestiegen. Der Aufwand für die Wohlfahrtszwecke betrug im Jahre 1927 1,78 Millionen (im Jahre 1929) auf 6,3 Millionen (im Jahre 1929) gestiegen und noch ist diese erschreckende Aufwärtsbewegung nicht aufgehoben.

Wenn man sich diese konkreten, zahlenmäßig belegten Einseitigkeiten des badischen Finanzausgleiches zwischen dem Lande und den Gemeinden vor Augen hält, muß man sich wirklich fragen, wie eine Regierung und ein Landtag es verantworten können, die restliche Finanzbede der Gemeinden weiter zu beschneiden. Die den Städten verbleibenden Mittel reichen heute in den meisten Städten nicht mehr aus, um nur die gesetzlich gebotenen Pflichten zu erfüllen. Jede weitere Kürzung der Einnahmen führt zu Tarif- und Umlageerhöhungen, wodurch die Wirtschaftslage weiter verschlechtert wird.

Oberbürgermeister Dr. Meißner (Bruchsal) führt an Beispielen aus Bruchsal den Nachweis, wie die Gemeinden immer mehr durch die Erwerbslosigkeit belastet werden, während der Staat immer weniger aufzubringen hatte. Im Jahre 1927 habe Bruchsal für die Erwerbslosen 81 000 M. aufbringen müssen, während die Belastung im Jahre 1929 325 000 M. betragen habe. Noch viel schlimmer sei Durlach daran.

Es sprachen sodann noch mehrere Redner, u. a. auch ein Pressevertreter aus Heidelberg, der erklärte, daß die Presse auf Seiten der Gemeinden stehen werde. Mit Worten des Dankes schloß hierauf Oberbürgermeister Zinter die Besprechung.

Denkschrift des Badischen Städteverbandes und Städtebundes

Der Badische Städteverband und Badische Städtebund haben den Landtag eine gemeinsame Denkschrift über die Frage des Finanzausgleiches gerichtet. Es wird eingangs ausgeführt, daß die Städte in ihrem Vertrauen auf das Verständnis der Regierung für ihre große Notlage bitter enttäuscht seien. Die Städte könnten sich mit der Verringerung des Verteilungsschlüssels für die Reichssteuerüberweisungen unter keinen Umständen einverstanden erklären. Der Staat wolle sich höhere Einnahmen an den qualitativen, sicher liegenden Steuern sichern, während er die Gemeinden auf weniger gute und vor allem mit mehr Verwaltungsaufwand verbundene Steuern verweise. Die Denkschrift schlägt dann die Realsteuern auf, den Staatshaushalt ohne Kürzung der Gemeindefinanzen auszugleichen und stellt zum Schluß folgende Anträge:

- Der Anteil der Gemeinden an den Reichsüberweinssteuern darf nicht gekürzt werden.
 - Die vorzulegenden neuen Einnahmequellen sind den Gemeinden vollständig zu geben. Dies gilt insbesondere für die Schuldenverhältnisse und die Mineralwassersteuer. Letztere ist den Städten unmittelbar zu überweisen; sie darf nicht dem Gemeindeausgleichsbeitrag zugewendet werden. Die Verteilung unter die Gemeinden hat nach dem für die Verteilung der Reichsüberweinssteuern maßgebenden Schlüssel zu erfolgen.
 - Ein bei nochmaliger genauer Durchprüfung des Staatshaushalts verbleibender Fehlbetrag, der nur die außerordentlichen Ausgaben betreffen kann, ist durch Anleihen zu decken.
- Die Denkschrift schließt mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß den Gemeinden zur Ausübung ihres verfassungsmäßigen Anhörungsrechts trotz der vorgelegenen umfangreichen und einschneidenden Maßnahmen eine Frist von nur wenigen Tagen belassen worden ist. Auf diese Weise drohe das Anhörungsrecht zur reinen Formalität ohne sachliche Bedeutung zu werden.

Auch die Land-Gemeinden gegen das Finanzgesetz

Der Vorstand des Verbandes badischer Gemeinden hat den Entwurf des Finanzgesetzes abgelehnt, weil der mehrheitlich geforderte Lastenausgleich unter den Städten und Gemeinden des Landes nicht nur nicht vorauszusehen ist, sondern noch vorzuschlagen wird, den Steueranteil der Gesamtheit der Gemeinden um rund 5 Millionen Mark jährlich zu kürzen. Die dafür in Aussicht gestellten Ertragssteuern hätten für die Gemeinden keinerlei praktische Bedeutung, sodaß eine Kürzung der Steuerüberweisungen der Verbandsgemeinden mit rund 1,3 Millionen ausschließlich durch Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer abgedeckt werden müßte. Der Bad. Landtag müsse daher um Schutz und Hilfe der Gemeinden ersuchen. Der Gemeindefinanzteil solle wie bisher beibehalten und daneben ein Lastenausgleich zu Gunsten der kleineren und mittleren Gemeinden durchgeführt werden.

Aus dem Gerichtssaal

Exemplarische Strafe für einen Tierquäler. Der Landtag Karl Jung in Göttingen, der mit einem Prügel so lange eine Kasse einschlug, bis sie verendete, war vom Bezirksamt mit einer Geldstrafe von 20 M. belegt worden. Er verlangte gerichtliche Entscheidung mit dem Erfolg, daß auf die Höchststrafe von 150 M. oder 30 Tage Haft erkannt wurde.

Bestätigtes Todesurteil. Weinsig, 8. April. Das Reichsgericht bestätigte heute durch Verurteilung der Revision das Todesurteil des Schwurgerichtes Karlsruhe vom 9. Januar d. J. gegen den 23-jährigen Ritter Karl Winter aus Kronau bei Bruchsal, der am Silvesterabend 1928, wie er behauptet, seine 17-jährige Geliebte Antonie Stassen ins Wasser schmeißt und sie ertränkt hatte. Winter hatte damit vor dem Untergericht ein Geständnis dahin abgelegt, daß er seine schwangere Geliebte getötet habe, um sie los zu werden, denn er habe den fürchten müssen, daß sonst kein Verhältnis in einer reichen Kaufmannsfamilie, die er zu erben gedachte, in die Brüche gehen würde. Dieses Geständnis hat aber dann der Angeklagte in der Saalverhandlung widerrufen. Festgestellt konnte werden, daß außer der getöteten Stassen noch ein weiteres Mädchen von dem Ankläger schwanger war, sowie daß er am Silvesterabend, also unmittelbar nach der Tat, an einer Silvesterfeier teilnahm und dort ein Weibchen zur Schau trug, als wäre nicht das Gerinaste vorgefallen.

FRÜHJAHR

STOFFE

Wolle · Seide

STOFFE

Spezial-Geschäft

STOFFE

Größte Auswahl Leipheimer & Mende Billigste Preise

An die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder

Zur Aufführung am 1. Mai der 9. Sinfonie Beethovens können ab heute in der Volksbuchhandlung, Zigarrenhaus Töpfer, Friseur Horn (Mühlbura), sowie bei den Funktionären der Gewerkschaften und Partei Karten zu 0,50, 1,00 und 1,50 M bezogen werden.

Die Polizei berichtet:

Diebstähle

Am Dienstag nachmittag entwendete ein unbekannter Dieb in der Hebelstraße den Personenkraftwagen eines Kaufmanns von hier. Der Wagen wurde nach Mitternacht in der Melanchthonstraße wieder aufgefunden.

Auf dem Bahnhofsplatz sowie in der Backstraße wurden Fahrräder (Damen- und Herrenfahrräder) aufgefunden, die vermutlich von Dieben dort zurückgelassen worden sind.

In einem Hause der Waldhornstraße wurde ein Damenfahrrad entwendet. Bei Rintheim wurde eine Gartenhütte gewaltsam aufgedröckelt. Der Dieb entwendete einen Gartenrechen und Sämereien im Wert von einigen Mark.

Unfall

Ein 60 Jahre alter Kleinrentner kam am Dienstag vormittag beim Abladen eines Sackes von seinem Handwagen am Güterbahnhof so unglücklich zu Fall, daß er sich den linken Schenkel brach. Er wurde ins Krankenhaus aufgenommen.

Vermißt

Seit dem 6. April wird der 17 Jahre alte Wehrerlehrling Viktor Müller, wohnhaft Kaiserstraße 34, vermißt. Irigend welche Anhaltspunkte über die Ursache seines Verschwindens sind nicht bekannt.

Verhüteter Brand

Bergangene Nacht machte ein Polizeibeamter die Wahrnehmung, daß aus dem Kellerfenster einer Bäckerei in der Klauereckstraße die hellen Flammen schlugen. Er warnte den Hauseigentümer und löschte mit ihm zusammen das Feuer, welches vermutlich dadurch entstanden war, daß ein Kohlenbergendeher einen brennenden Zigarettenstummel in den Schacht warf, der wiederum dort liegende Kohlen in Brand setzte.

Sittlichkeitsvergehen

Ein 64 Jahre alter Händler und ein 19 Jahre alter Handwerker wurden wegen Sittlichkeitsvergehens festgenommen und ins Wehrgefängnis eingeliefert.

Verkehrsunfall in der Herrenstraße

Am Dienstag vormittag ereignete sich in der Herrenstraße vor dem Gebäude der Reichsbank ein Zusammenstoß zwischen einem Kraftfahrzeug und einem Lastkraftwagen. Der Führer des Kraftwagens, ein verheirateter Mann, wurde bei der Landesversicherungsanstalt hier, war eben zum Seitenwechsel nach links abgedrängt, als er von dem Lastkraftwagen erfaßt wurde. Er trug einen komplizierten Unterleibsbreuch davon und mußte ins Städt. Krankenhaus eingeliefert werden. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Tierquälerei

Ein Fuhrmann aus Rastatt gelangte zur Anzeige, weil er zum Transport eines schweren Möbelwagens zwei Pferde verwendete,

die auf dem Weg von Rastatt nach Karlsruhe bei Ruppurr nicht mehr in der Lage waren, den Wagen weiter zu ziehen. Der Fuhrmann lehnte das Erweichen von Privatpersonen, er möge einen Vorpann nehmen, ab, bis die Polizei einrückte.

Städt. Sparkasse Karlsruhe. Auch du mußt sparen! Auf jeden Einzelnen und auf seine einzelnen Pfennige kommt es an. So ist es heute und so war es schon in alten Zeiten. Aus dem Altertum ist uns der Spruch überliefert:

Die Spitzig gab einmal ein Rästel auf: Wie vermehrt man sein Geld, ohne sich zu plagen? Es gibt nur eine Antwort darauf: Du mußt dein Erspartes zur Sparkasse tragen.

Wenn du gut rechnen gelernt hast, so kannst du dir selbst ausrechnen, wie der Spruch der Spitzig auch bei dir zur Wahrheit werden kann; das kleine Beispiel in der heutigen Nummer soll dir eine Anleitung geben, wonach du dir jede andere beliebige Rechnung, wie sie deinem Können entspricht, aufstellen kannst.

Die Galerie Meiss, Kaiserstraße 187, zeigt in ihrer Vertikalanstaltung außer einer Kollektion des einheimischen Malers Theodor Bus eine große Zahl Gemälde baltischer Malerei von etwa 1830-1890. Unter den frühesten Werken seien u. a. erwähnt: W. J. Peter, Edm. Ranzoldi, J. B. Schirmer, W. Weidmann, G. Kammann, H. Anorr, A. Wehner, Hans Thoma, Fr. Beck, G. Ritter und von den heutigen Künstlern u. a. Prof. A. Pöschner, Prof. A. Zitt, Prof. A. Dehnbach, Prof. H. Gons, Prof. F. Bergmann, Prof. H. Nagel, Prof. G. Höpfer, A. Lutz, A. Rüttiger, H. Kriesshüter, W. Zuberlin u. a. m. Die Ausstellung gibt einen Überblick über das Schaffen baltischer Künstler von einst und jetzt und ist deren Besuch besonders zu empfehlen.

Lichtspielhäuser

Simba, der König der Tiere. Unter dem Protektorat des Amerikanischen Museums für Naturkunde wurde unter Führung von Martin und Oia Johnson eine Expedition nach Ostafrika ausgerüstet. Welche hatten die Absicht, Vegetation und Tierwelt zu beobachten, eingehend zu studieren und, wenn irgend möglich, auf den Zellulosebildschirm zu bannen. Ihr besonderes Interesse galt dem Löwen. Nach Ueberwindung allerartiger Schwierigkeiten und unter Einwirkung ihres Lebens gelang es den beiden Forschern, den Löwen mit der Kamera zu belauschen. Ein großer Hilfsapparat, zusammengesetzt aus hundert Trägern, unzähligen Maniellenspannen und Rollen, begleitete die Expedition auf dem Marsch, nachdem Automobile die Expedition bis an die Grenze des inneren Afrika gebracht hatten. Zahlreiche Aufnahmen der Regentierherde und ihrer Brände wuchsen in dieser Reihenfolge mit Interesse, noch nie gesehener Jagdaufnahmen. In den weiten Ebenen von Tanganyika, dem früheren Deutsch-Ostafrika, gelang es, den Löwen aufzunehmen, gelang es auch, die Jagd der Beute auf den König der Tiere festzuhalten, gelang es, den grandiosen Kampf der Kriger des Lumbos-Stammes gegen den Bau in dramatisch feinsten den Aufnahmen auf den Zellulosebildschirm zu bekommen. Es ist schwer, den Löwen vor der Kamera zu bekommen. Entweder ist er so schamhaft, daß er von vornherein die Lagerplätze meidet, oder aber er reißt so furchtbar vor, daß man jeden Augenblick auf der Hut sein muß, um nicht ein Opfer seiner Wut zu werden. Lange Zeit mußte die Expedition auf das Gerantnaden von Löwen warten. Einmal gelang es durch die Bemühungen des dort tagelangen auf die Kamera. Seine Frau war seine treueste Gefährtin. Sie barnte geduldig neben ihm auf die Plätze im Anschlag, um in gefährlichen Situationen sofort schußbereit zu sein. Einmal gelang es die Aufnahme, die Löwen kamen heran, immer näher und näher. Johnson arbeitete unermüdet, voll steter Erwartung und Reue, was sich nicht ereignen, wenn der Löwe merkte, daß er zum Filmstrahl gemacht wurde. Frau Johnson schickte ihren Mann abgehend, denn im Augenblick, da der Löwe sich auf ihn und den Apparat stürzen wollte, traute er sich, der Löwe laut gerufen zu werden. Alle Tiere des Urvildes, soweit es nur möglich war, wurden vor die Kamera gebracht. Elefanten, Nashörner, Straußen, Zebus, Gazellen, Fische, Pferde und Protekt wurden genauestens beobachtet und auch teilweise mit der Zellulosephotographie. Es kam darauf an, die Eigenheiten der Tiere genau festzustellen, ohne schlimme Sensationen heranzubekommen. Daß der Film trotzdem beson-

dere Sensationen birgt, ist die natürliche Folge von der genauen Beobachtung. Denn — das darf man wohl sagen — das Leben der Wildnis ist und bleibt sensationell. Genau vier Jahre ist die Johnson-Expedition im Urvild geblieben, vier Jahre lang hat sie unermüdet an dem Film gearbeitet, der jetzt rasch an den Augen des Beschauers vorüberzieht und zusammengebrannt alles zeigt, was in jahrelangen Bemühungen im Urvild erarbeitet wurde. Diesen interessanten und wohl besten aller Kulturfilme setzen die Residenz-Stichtspiele. Wie der Hauptfilm, so auch die Stichtspiele im Besonderen, sind Jugend frei und verdienen die Aufmerksamkeit von Jung und Alt.

Veranstaltungen

Mittwoch, 9. April: Bad. Landestheater: Der Haffenschießer. 20 Uhr. Nachm. Schülervorstellung: Das Räthchen von Heildronn. 15 Uhr. Neben-Vorstellungen: Simba, der König der Tiere. Colosseum: Der große Raubschlager: Der doppelte Erich. 20 Uhr. Wald-Theater: Der Haffenschießer. 20 Uhr. Stadtheater: Die Haffenschießer. 20 Uhr. Union-Theater: Die Haffenschießer. 20 Uhr. Kaffeehaus: Großer Konzertabend. 20.30 Uhr.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe: Volksfreunde v. S. Donnerstag, 10. April, abends 8 Uhr, im Saale Erdbrunnstraße 5, wichtige Besprechung, zu der sämtliche Vertrauensleute, sowie die Vertreter vom Kirchenausschuß und A.G. Rat zu erscheinen haben. (Besetzung der Warte; Mitarbeiter). 2988 Volksfreunde v. S. Heute, Mittwoch, findet im Konzerthaus eine Männerprobe statt. Vor und nach der Probe können Karten für 1. Mai in Empfang genommen werden. Morgen, Donnerstag, 11. April, abends 8 Uhr, im Konzerthaus, die große französische Revolutionsfeier. Referent L. Wolf. 2987

Einen vorbildlichen Kundendienst für den Händler und Motorradfahrer

organisieren zur Zeit die NSU-Werke in Neckarstall. Seit Anfang Februar d. J. finden in diesen Werken Schulungskurse für die NSU-Vertreter statt, die sich nicht nur eines sehr regen Zuhörers, sondern auch größter Beliebtheit unter der Händlerschaft erfreuen. Die NSU-Werke gehen dabei von dem richtigen Gedanken aus, daß im Interesse eines guten Kundendienstes vor allem die NSU-Vertreter über die zweckmäßige Einrichtung von Reparaturwerkstätten und die Handhabung von Spezialwerkzeugen unterrichtet werden müssen. Auch die Einführung von Einzelarbeiten für Reparaturen auf Grund von Prüfungen wird dabei behandelt, ferner die Ausbildung erfolgt so, daß jede autorisierte NSU-Kundendienststelle Garantie für eine fach- und sachgemäße Ausführung gewährleistet. Bis heute haben sich ca. 1000 NSU-Vertreter zu den NSU-Schulungskursen angemeldet, die jede Woche in Gruppen von 50 Mann in Neckarstall eintreffen. Die Kurse finden in einem besonders dafür eingerichteten großen Lehrsaal innerhalb der NSU-Werke statt. Der theoretische Unterricht wird durch Bildblätter und Filmvorträge wirksam unterstützt, während sich der praktische Unterricht an aufgestellten Werkbänken vollzieht, dem sich Gänge durch die Betriebswerkstätten anschließen. Auch Musterwerkstätten neben einer Vorrichtungsaufstellung werden gezeigt. Die Lehrkräfte bestehen aus Ingenieuren und Werkmeistern. Ein Bericht über die NSU-Kundendienststellen soll demnächst erscheinen. Außerdem soll durch die Herausgabe von Prüfzetteln für Kontrollarbeiten auch der Privatfahrer für eine gewisse Zeitperiode eine kostenlose Unterstützung durch die NSU-Kundendienststellen finden.

LEISTUNGSFÄHIGE SPEZIAL-FIRMEN

Elektrizität in jedem Gerät. Rat und Auskunft erteilt Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Amt. Installations-Abteilung für Elektrizität. Karlsruhe, Kaiserallee Nr. 11. Telefon 5350-5358.

Gasthaus zur „Krone“ Ettlingen. Inhaber: Albert Stöhrer. Gute Küche. Eigene Schlachtung. Vorzügliches St. Martinsbier aus der Huttenkreuz-Brauerei. BANKHAUS VEIT L. HOMBURGER. KARLSRUHE, Karlstraße 11.

Hast Du gut rechnen gelernt? Wir wollen doch mal ausrechnen, was Du alles ersparen kannst, wenn Du jede Woche nur Mk. 1.- in Deinen Spartopf steckst. Das ergibt nämlich in 60 Wochen oder in einem Jahr Mk. 50.-. Dazu kommen dann die Zinsen, und wenn Du dann recht lange sparst, so hast Du in Deinem Sparbuch zum Beispiel bei 6 Prozent Zinsen in 1 Jahr: Mark 50.- Einzahlung, 8.- Zins, Mark 58.- Kapital. in 5 Jahren: Mark 250.- Einzahlung, 48.- Zinsen, Mark 298.- Kapital. in 10 Jahren: Mark 500.- Einzahlung, 193.- Zinsen, Mark 698.- Kapital. Jede Woche nur 1 Mark zur STAEDTISCHEN SPARKASSE KARLSRUHE!

FELSBIER IST DAS BIER DES KENNERS. Bankhaus Straus & Co. Karlsruhe.

Sparer müssen heute mehr denn je Wert auf unbedingte Sicherheit ihrer Einlagen legen. Sie bringen deshalb ihre Ersparnisse zu Städt. (Oeffentl.) Sparkasse Baden-Baden die dieselben von 1.-RM. an zeitgemäß verzinst u. sicher anlegt.

Gustav Siegrist. Südl. Hildapromenade 5. Telefon 5283. Bauunternehmen für Hoch-, Tief- und Eisenbetonbau.

